

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 1.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratenannahme nur gegen Vorauszahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Cöln.

Cöln, den 5. Januar 1912.

Insertionspreis für die 1/2ersp. Zeitzeile 30 Pfg. Stellengesuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Cöln, Palmstraße 14. Telefonruf B. 1546. — Redaktionschluss ist Dienstag Mittag.

13. Jahrg.

Sib Rechenschaft

von deiner Verwaltung, heißt alljährlich im Monat Januar für die Ortsverwaltungen der Verbandszahlstellen. Nach dem Statut hat bekanntlich alljährlich im Monat Januar in jeder Zahlstelle eine Generalversammlung stattzufinden, in der die Wahl der Ortsverwaltung vorzunehmen ist.

Die Generalversammlung gibt in der Regel ein Bild von dem Zustand der Zahlstellen. Gut geleitete und in Ordnung gehaltene Zahlstellen werden eine anregende, gute Generalversammlung aufweisen können. In jeder so geleiteten Zahlstelle wird der Vorsitzende stolz darauf sein, einen eingehenden Jahresbericht der Versammlung vorlegen zu können. Im Jahresbericht sind vornehmlich die Maßnahmen zu besprechen, welche im abgelaufenen Jahre getroffen wurden, die Zahlstelle vorwärts zu bringen. Ob die Agitation in allen ihren Einzelheiten — Werkstellenagitation, Hausagitation, größere Werbeveranstaltungen mit tüchtigen Referenten, Versammlungen für bestimmte Bezirke und Bezirke, für bestimmte Berufe oder Spezialbranchen — in wünschenswerter Weise betrieben worden ist. Darüber soll Rechenschaft abgelegt werden. Ueber die Mitarbeit der einzelnen Kollegen bei der Agitation wird ebenfalls ein Wort zu reden sein. Ein gediegener Jahresbericht wird sich ferner ausdrücken über die Maßnahmen, welche zur Gewinnung der Jugendlichen und Lehrlinge, sowie von weiblichen Mitgliedern getroffen wurden, ob das Lehrlingsverzeichnis geführt und die Fühlung mit den jungen Seuten in wünschenswerter Weise vorhanden ist; ob das Werkstellenverzeichnis auf dem Laufenden gehalten und versucht wurde, die aus diesem ersichtliche Zahl der Unorganisierten herabzumindern. Desgleichen wird das Gewissen zu erforschen sein, ob diejenigen, die heute noch gegnerischen Verbänden angehören, aber ihrer Erziehung und ihren sonstigen Anschauungen gemäß zu uns gehören, über das Wesen und Wirken unseres Verbandes in der richtigen Weise aufgeklärt worden sind.

Das vom Schriftführer geführte Protokollbuch wird ferner ausweisen, was zur Hebung der Bildung der Kollegen getan wurde, ob und welche Vorträge gehalten wurden, wie die Zahlstellendbibliothek benützt und vervollständigt wurde, was zur Hebung der Fachbildung der Kollegen geschah. Kurzum, ein eingehender Jahresbericht soll vom Vorsitzenden gegeben werden, der in möglichster Kürze und ohne viele Phrasen ein eingehendes Bild von der Wirksamkeit der Zahlstelle gibt. Aber nicht nur ein Bericht soll dies sein, sondern vor allem eine Vorbereitung zu der eingehenden Gewissenserforschung für jeden Einzelnen: Was hätte besser gemacht werden können? Was hätte ich im verfloffenen Jahre mehr für den Verband tun können? Und wäre, sofern ich meine ganze Kraft mit eingesetzt hätte, der Erfolg nicht größer gewesen, der Mißerfolg ausgeblieben? Diese Fragen sollte beim Rechenschaftsbericht kein Kollege unbeantwortet lassen.

Und nun der Kassierer. Er wird sich freuen, der Generalversammlung einen geordneten und günstigen Jahresabschluss vorlegen zu können. Zur Vereinnung mit tüchtigen Vertrauensleuten wird er für geordnete und pünktliche Beitragszahlung und Abrechnung gesorgt und die Verwaltungsaufgaben, die eine aufblühende und innerlich wie äußerlich gefestigte Organisation stellen muß, richtig erledigt haben. Mit Genehmigung ist zu konstatieren, daß der weitaus größte Teil der Verbandskassierer der Verwaltung der Kassen und der damit verbundenen Arbeiten: Führung der Bücher, genaue Ausfüllung aller Formulare, gewissenhafte und prompte Aufstellung der notwendigen Statistiken, großes Verständnis entgegenbringt. Das ist auch notwendig, um den großen Organisationskörper innerlich vollkommen gesund bleiben zu lassen. Genau wie der menschliche Organismus nur dann gesund ist, wenn seine sämtlichen Teile genau die ihnen zugewiesenen Funktionen ausüben.

Der also als Verbandsfunktionär irgendwelche Verwaltungsarbeit zu erledigen hat, der sehr doch auf gewissenhafte Erledigung. Auch wenn die Zweckbestimmung eines Formulars oder einer Frage auf einem solchen nicht ohne weiteres klar ersichtlich ist, so fülle man doch das Formular aus bzw. beantworte die Frage, denn die Nichtbeantwortung hat stets kleinere oder größere Unannehmlichkeiten zur Folge. Auch hier wird das: Sib Rechenschaft, vielleicht hier und da Anlaß zu einer kleinen Gewissenserforschung geben mit dem Endresultat: Pünktlichkeit und Ordnung auch in den kleinsten Dingen sind Tugenden, die jedes Ortsverwaltungsmitglied besitzen muß. Habe ich sie, gut, habe ich sie nicht, so werde ich mich fernerhin bemühen, mir das notwendige Maß derselben anzueignen; so muß es heißen.

Bei den Neuwahlen zum Vorstande sollten nur die Besten an die Spitze der Zahlstelle gestellt werden. Allerdings sollten diese dann auch gern und freudig und im Gebunden an die Verantwortung, die sie ihrem Stande gegenüber haben, ihre Pflichten ausüben. Gewiß handelt es sich um freiwillig übernommene Pflichten; aber großer gewerkschaftlicher Idealismus und Opferfreudigkeit für den eigenen Stand sollten die freiwillig übernommenen Pflichten genau so, ja noch besser ausführen lassen, wie man etwa zwangsweise auferlegte Pflichten erfüllt. Andererseits sollten nun auch diejenigen, welche durch Abgabe ihrer Stimme in der Generalversammlung die Kollegen an ihre Posten stellen, sich stets bewußt bleiben, daß nicht an der Ortsverwaltung allein die Arbeit haften bleiben darf, sondern daß jeder im Interesse der guten, auch seiner eigenen Sache, die Vorstandsglieder tatkräftig unterstützen muß.

So mögen denn unsere Generalversammlungen Männer, Kollegen vorfinden, die ruhig die Bilanz des abgelaufenen Jahres prüfen und aus ihr das richtige Fazit zu ziehen wissen. Ist das Ergebnis ein gutes, so freue man sich dessen, vergeße aber darüber nicht die harte geschichtliche Tatsache, daß alle die, welche glaubten, auf ihren Vorbeeren ausruhen zu können, sehr bald aus ihren Illusionen gewedt und in die rauhe Wirklichkeit zurückversetzt wurden. Harte, lästige, nach allen Seiten wirkende Arbeit soll über den Erfolgen nicht vergessen werden. War das Ergebnis des Jahres nicht befriedigend, so werden wohl die Mitglieder dieser Zahlstellen einmal ernstlich Hand ans Werk legen, damit die Jahresbilanz pro 1912 eine bessere wird. Der Grund hierzu sollte in den Generalversammlungen gelegt werden durch die Wahl einer tüchtigen Ortsverwaltung. Wenn dann Ortsverwaltungen und Mitglieder in der richtigen Weise zusammenarbeiten, so wird's auch im neuen Jahre um den Verband nicht schlecht bestellt sein.

Das neue Hausarbeitsgesetz.

Unter den sozialpolitischen Gesetzen, die der Reichstag noch kurz vor seinem Auseinandergehen angenommen hat, ist das Hausarbeitsgesetz eines der wichtigsten. Um dieses Gesetz ist ein jahrelanger Kampf geführt worden. Noch zu Beginn des vergangenen Jahres, im Januar, wurde in Berlin ein Heimarbeitertag abgehalten, an dem auch Vertreter unseres Verbandes teilgenommen haben. Auf diesem Kongreß wurden die mannigfachen Mißstände, das tiefliegende Elend, in dem die große Masse der Heimarbeiter sich befindet, aufgedeckt und praktische Vorschläge für das schon damals in Aussicht genommene Gesetz gemacht. Die Hauptforderungen gipfelten in dem Verlangen, Lohnämter zu schaffen mit der Befugnis, die Löhne festzusetzen, ferner den Registrierzwang einzuführen, die Verpflichtung, Lohn Tabellen auszuhängen und verschiedene gesundheitsliche Vorschriften zu erlassen. Das neue Gesetz erfüllt die erstgenannte Forderung nicht. Das ist sehr bedauerlich, weil gerade die Lohnämter geeignet gewesen wären, eine durchgreifende Besserung der Verhältnisse in der Heimindustrie zu bringen. Wenn auch das neue Gesetz darin versagt hat, so werden wir doch nach wie vor laut und eindringlich unsere Stimme erheben, und von der Gesetzgebung verlangen, daß ein weiterer Ausbau des Hausarbeitsgesetzes erfolgt und die Lohnämter vorgeschrieben werden.

Der Annahme des Gesetzes ging ein heißer Kampf voraus. Eine besonders nachdrückliche Gegenaktion wurde von den Unternehmerorganisationen eingeleitet. Bekanntlich ist deren Einfluß heute noch sehr gewaltig. Die Arbeiterhaft sollte sich noch viel mehr mit dem Gedanken vertraut machen, daß die Millionen unorganisierter Arbeiter nicht nur die Durchführung gewerkschaftlicher Aktionen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse behindern und abschwächen, sondern daß ihre Interessenlosigkeit auch die Stöckkraft bei gesetzgeberischen Forderungen vermindert. Daraus geht schon hervor, wie wichtig die bloße Zugehörigkeit zur Organisation für die Durchsetzung von allgemeinen Arbeiterforderungen ist. Es ist also falsch, die Mitgliedschaft nur von dem einen Gesichtswinkel des zunächst greifbaren eigenen Vorteiles zu beurteilen. Wenn es durch die immer größer werdende Zahl der Mitglieder, die immer größer werdenden Erweiterungen des Ringes organisierter Arbeiter gelingt, gesetzgeberische oder sonstige allgemeine Vorteile für die Arbeiter herauszuschlagen, kommt dadurch, daß der ganze Stand wieder eine Stufe emporsteigt, das auch jedem Einzelnen zugute. Gesetze kommen immer auf dem Wege des Kompromisses zustande. So leidig das manchmal ist, so kommt man nun einmal an dieser Tatsache nicht vorbei. Keine Partei kann hartnäckig ihre Anschauung allein durchsetzen. Die Parteien müssen sich auf einem mittleren Wege einigen. Dazu kommt noch, daß die Sozialdemokratie durch ihre Haltung zum Etat und zu staatspolitischen Fragen, durch ihre sonstige Draufgängerpolitik sich selbst von der praktischen Gesetzgebungsarbeit ausschaltet. Sie wird und kann mit ihren Anträgen nicht mehr ernstgenommen werden. Auch ihre Haltung bei dem verabschiedeten Hausarbeitsgesetz war den Interessen der Heimarbeiter nicht förderlich. Es ließe sich darüber sehr vieles sagen. Wir wollen nur auf die Widersprüche hinweisen, in die sie sich dabei verwickelt hat. Bekanntlich erstreben die Sozialdemokraten die vollständige Beseitigung der Heimarbeit. Mehrfach

wurde das von ihnen auch hervorgehoben. Die Lohnämter sind aber nun zweifellos geeignet, die wirtschaftliche Kraft der Heimarbeiter zu heben und sie damit mit der Hausarbeit zu befreundeten. Die Sozialdemokraten betonten nun wiederholt, daß die anderen Bestimmungen des Gesetzes den Heimarbeitern nur Lasten auferlegen, die sie noch mehr dem Elend ausliefern, um trotzdem selbst im nächsten Augenblick noch viel weitergehende Anträge zu stellen, die den Betroffenen noch viel mehr Schwierigkeiten bereiten müßten.

Das Gesetz selbst bestimmt im § 1 diejenigen Betriebe, für die das Gesetz Anwendung finden soll. Dazu gehören diejenigen nicht, in denen jemand ausschließlich zu seiner Familie gehörige Personen beschäftigt und solche, in denen ein oder mehrere Personen gewerbliche Arbeit verrichten, ohne von einem den Werkbetrieb leitenden Arbeitgeber beschäftigt zu sein. Auf Antrag der Kommission sollen auch solche Werkstätten von dem Gesetz ausgenommen bleiben, in denen ausschließlich für den persönlichen Bedarf des Bestellers oder seiner Angehörigen gearbeitet wird. — Von großer Wichtigkeit sind die Paragraphen 3 und 3a. § 3 lautet in der Kommissionsfassung:

„In denjenigen Räumen, in welchen Arbeit für Hausarbeiten ausgegeben oder Arbeit solcher Personen abgenommen wird, muß . . . den Hausarbeitern durch offene Auslage von Lohnverzeichnissen oder Aushängen von Lohn Tafeln die Möglichkeit gegeben sein, sich über die für die einzelnen in diesen Räumen zur Ausgabe gelangenden Arbeiten jeweilig gezahlten Löhne zu unterrichten. Für neu einzurichtende Muster gilt diese Bestimmung nicht. Der Bundesrat kann zur Ausführung dieser Bestimmung nähere Anordnungen erlassen, gegebenenfalls für einzelne Bezirke. Er kann für bestimmte Gewerbezweige oder Betriebsarten auf Antrag beteiligter Ausnahmen gewähren. Der Bundesrat kann vorschreiben, daß, soweit das Arbeitsentgelt in Preisen zum Ausdruck kommt, die Preise bekanntgegeben werden. Die Bestimmungen des Bundesrats werden durch das Reichsgesetzblatt veröffentlicht und zur Kenntnisnahme vorgelegt.“

Die Bestimmung, daß die Auslage von Lohnverzeichnissen für neue Muster nicht erforderlich sein soll, wurde heiß umstritten. Hier wurde zu Gunsten des Kommissionsbeschlusses geltend gemacht, daß die Anfertigung neuer Muster meistens viel besser bezahlt werde, und daß diese Arbeiter bei Einführung der Bestimmung sich schlechter stellen würden. Der § 3 wurde auf Antrag Giesberts nur dahin abgeändert, daß statt „für neu einzurichtende Muster“ gesagt wird „für die Ausarbeitung neuer Muster.“ Das schränkt die Bestimmung bedeutend ein, sodaß die neuen Muster nach ihrer ersten Ausarbeitung ebenfalls unter die Vorschrift des Lohnaushänges fallen.

Der wichtigste Paragraph des Gesetzes ist derjenige, der die Einführung von Fachauschüssen verlangt. Die Fachauschüsse sind statt der Lohnämter in das Gesetz aufgenommen worden. Die Fachauschüsse zählen zu ihren Aufgaben die Stellung von Anträgen, die Erstattung von Gutachten, an die Staats- und Gemeindebehörden, die Anregung von Veranstaltungen und Maßnahmen zwecks Hebung der wirtschaftlichen Lage der Hausarbeiter und die Förderung von Tarifverträgen. Auf Ersuchen der Staats- und Gemeindebehörden sollen die Fachauschüsse in geeigneter Weise insbesondere durch Bernehmung beteiligter Gewerbetreibender und Hausarbeiter, sowie von Kunstverständigen die Höhe des von den Hausarbeitern tatsächlich erzielten Arbeitsverdienstes ermitteln, dessen Angemessenheit begutachten und Vorschläge für die Vereinbarung eines angemessenen Entgeltes machen.

Eine weitere Bestimmung des Kompromißantrages bezieht sich auf die Zusammenziehung der Fachauschüsse. Diese setzen sich zusammen zur Hälfte aus Vertretern, die von der Landeszentralbehörde ernannt werden und zur anderen Hälfte aus Personen, die von den ernannten Vertretern gewählt werden, und zwar ist die Besetzung abgesehen von dem Vorsitzenden, der weder Gewerbetreibender noch Arbeiter sein darf, eine paritätische. Inwiefern Hausarbeiterinnen in großer Anzahl beschäftigt werden, müssen sie auf Seiten der Hausarbeiter angemessen vertreten sein.

Wir haben nun schon oben dargelegt, daß wir die Forderung nach Lohnämtern hochhalten. Die „Fachauschüsse“ haben selbstverständlich bei weitem nicht die Bedeutung, wie die Lohnämter. Nichtsdestoweniger wäre es verkehrt, sie in Hauch und Bogen abzulehnen. Es wird Aufgabe der sozial interessierten Kreise und besonders unserer Organisationen sein, einmal dahin zu wirken, daß diese Fachauschüsse lebensfähig zusammengesetzt werden und daß sie gefordert wird, daß ihre Wirksamkeit keine unfruchtbare bleibt und dann weiter, soweit dies nicht zu erreichen ist, der Reichstag weiterhin mit der Frage beschäftigt wird. Wir halten es immerhin schon für einen bedeutsamen Fortschritt, daß durch dieses Gesetz die Heimarbeitverhältnisse mehr an das Licht der öffentlichen Kritik gezogen werden. Dadurch wird die weitere Öffentlichkeit aufmerksam und damit schon ein großer Anstoß gegeben, daß die bessere Hand angelegt wird.

Sam richtig führte der Abg. Behrens in dieser Beziehung im Reichstage aus, indem er auch auf die Nicht-Einführung der Lohnämter zu sprechen kam:

Wenn wir das Gesetz betrachten, so finden wir, daß die verschiedenen Bestimmungen immer wieder auf die Offenlegung, des wunden Punktes in der Heimarbeit, nämlich auf die Lohnfrage hinweisen. Das, was bisher die Hebung der Heimarbeitserträge am meisten erschwerte, war vor allem die Unübersichtlichkeit und Verschiedenartigkeit der Verhältnisse, und die hinter den Kulissen in gewisser Heiligkeit sich verbergenden Lohn- und Arbeitsbedingungen. Das Gesetz will nun durch die Offenlegung der Lohn-Tabellen, durch die Lohnbücher, Arbeitszettel, durch den Registrierzwang, Wandel schaffen und, falls die Sachausschüsse angenommen werden, durch die Lohnfrage klarstellen und damit die Möglichkeit der öffentlichen Kritik und der moralischen Einwirkung Raum geben. Ich bin heute noch der Meinung, daß die Lohnämter die geeignete Maßregel darstellen, um wirklich eine durchgreifende Verbesserung der Lohnverhältnisse herbeizuführen. Für die Lohnämter haben meine politischen Freunde nicht nur in der Kommission und draußen im Lande, sondern auch hier im Plenum gekämpft. Leider sind wir nicht mit unserer Anschauung durchgedrungen. . .

Welche Schwierigkeiten liegen nun aber vor, die uns zwingen, davon abzusehen, nochmals die Lohnämter vorzuschlagen und uns auf den Kompromißantrag der Sachausschüsse zurückzuziehen? Der Herr Abgeordnete Göhre hat mir gestern vorgeworfen, weil Herr Rollendührer in der Kommission und hier im Hause einmal gefehlt hätte, deswegen hätte ich davon abgesehen, die Lohnämter hier im Plenum nochmals wieder zu beantragen. Diese Ausführungen des Herrn Abgeordneten Göhre beruhen auf einem großen Irrtum. Das sind nicht meine Gründe. Ich habe in meinen ersten Ausführungen nur darauf hingewiesen, daß nicht nur daran schuld sind, sondern andere Herren — ich habe mich freiwillig nach links gewandt —, daß die Lohnämter in der zweiten Kommissionslesung gefallen sind, und erst auf vorwurfsvolle Zwischenrufe von sozialdemokratischer Seite habe ich den Namen des Abgeordneten Rollendührer genannt, der übrigens ja schon längst durch die Presse bekannt geworden ist und an dessen Bekanntwerden ich durchaus unbeteiligt bin. (Der sozialdemokratische Abg. Rollendührer fehlte bei der Abstimmung in der Kommission, was zur Folge hatte, daß die Lohnämter mit Stimmgleichheit abgelehnt wurden.) Aber, meine Herren, darin verkennt der Herr Abgeordnete Göhre die parlamentarische Situation außerordentlich. Waren in der zweiten Lesung der Kommission die Lohnämter aufrecht erhalten geblieben, so wären wir, die Freunde der Lohnämter, jetzt im Plenum in einer weit günstigeren Situation, die Gegner der Lohnämter müßten sie jetzt aus der Vorlage herausbringen. Jetzt aber liegt die Sache so, daß wir sie durch besonderen Antrag in die Vorlage hineinbringen müssen. Die parlamentarische Situation ist dadurch durch Schuld eines Sozialdemokraten außerordentlich ungünstig für die Lohnämter verschoben worden. Wir haben in der Kommission das Unannehmliche der Regierung in häufiger Form gehört, wir haben gestern Abend in letzter Stunde wiederum das blühende Unannehmliche des Herrn Staatssekretärs namens der verbündeten Regierungen gehört, und es ist uns mehrfach angekündigt worden, daß das Gesetz nicht von den verbündeten Regierungen angenommen würde, wenn die Lohnämter eingeschleppt werden. Meine Herren, anseherlich haben auch private Anfragen und Bemerkungen nach der Richtung, die Lohnämter wieder hineinzubringen, was hinsichtlich der blühenden Erklärung gebragt: des Hausarbeitsgesetzes mit den Lohnämtern ist für die verbündeten Regierungen unannehmlich. Nun, wie liegt es aber hier im Plenum selbst? Jetzt haben vier Parteien, die Konserverpartei, Freiwirtschaftler, Nationalliberalen und Freiwirtschaftler — letztere mit Ausnahme der Heinen Gruppe, die sich um Herrn D. Kammanz versammelt hat —, häufig und grandios erklärt, daß sie für Lohnämter mit autoritativen Lohnfestsetzungsaufgaben nicht zu haben sind. Wenn nun die Dinge so liegen,

dann war es für uns geradezu eine Pflicht, wollten wir den Hausarbeitern nicht nur Reden bieten sondern ihnen wirklich helfen, daß versucht wurde, sich mit der Mehrheit des Hauses zu verständigen um Mittel und Wege zu finden, das Erreichbare durchzuführen.

Die Herren von der äußersten Linken haben ja da ein wunderbar einfaches Rezept: wenn ihre meist undurchführbaren Ideen nicht glatt akzeptiert werden, dann ist es ihnen auch gleichgültig, wenn das Gesetz fällt und damit jeder Fortschritt und Vorteil für die Hausarbeiter unterbunden wird. Meine Herren, eine solche herzlose Politik gegenüber einer Arbeiterschaft, die selbst fast hilflos ist, die sich in äußerster Notlage befindet, eine solche Alles-oder-nichts-Politik der Sozialdemokraten können wir nicht mitmachen, weil wir es gut und ehrlich mit den Hausarbeitern meinen.

Es wird sich nun in der Praxis zeigen müssen, welche Vorteile das neue Gesetz den Heimarbeitern bringt. Das neue Gesetz den Heimarbeitern in unserem Berufes nutzbar zu machen, wird unsere wichtigste Aufgabe sein. Dazu gehört aber ein unermüdblicher Ausbau des Verbandes, unausgesetzte Weiterbildung unter den Heimarbeitern, dann werden auch weitere gesetzgeberische Maßnahmen leichter und wirkamer durchgeführt werden können.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 1. Wochenbeitrag für die Zeit vom 1. bis 7. Januar fällig ist.

Lohnbewegung.

Die Ortsverwaltungen haben bei allen Lohnbewegungen der Zentralstelle jede Woche vor Redaktionschluss einen Bericht über den Stand der Bewegung einzusenden.

Der Jung ist fernzuhalten

von

Ritter- und Klempnermeister: Selchingen.
Zentralarbeitern: Troisdorf.

Änderungen in laufenden Tarifverträgen. In folgenden, vom Zentralverband christlicher Holzarbeiter Deutschlands abgeschlossenen Tarifverträgen treten im Monat Januar 1912 Änderungen in Kraft:

Dorimund, Mengebe, Dorffeld, Gudarbe, Sambel (1. Januar 1912). Sämtliche Arbeiter erhalten eine Lohn-erhöhung von 1 Pfg. die Stunde. Der Durchschnittslohn steigt für Schreiner und Drechsler von 57 auf 58 Pfg. pro Stunde. Der Durchschnittslohn der Maschinenschreiner ist um 5 Pfg. höher. Der niedrigste Lohn für Schreiner darf nicht weniger wie 10% unter dem Durchschnittslohn stehen; der niedrigste Lohn für Gesellen im zweiten Gesellenjahr nicht mehr wie 15%.

Selchingen, Maune, Sidel, (15. Januar 1912). Sämtliche Arbeiter erhalten eine Erhöhung des Stundenlohnes

von 1 Pfg. Der Durchschnittslohn für Schreiner und Drechsler erhöht sich von 58 auf 54 Pfg. pro Stunde. Der Durchschnittslohn der Maschinenschreiner ist um 5 Pfg. höher. Der niedrigste Stundenlohn für Schreiner darf nicht mehr wie 10% unter dem Durchschnittslohn stehen; der niedrigste Stundenlohn für Gesellen im zweiten Gesellenjahr nicht mehr wie 15%. Auf Affordarbeit findet die Lohn-erhöhung sinngemäß Anwendung.

Sagen, Gasse (Schreiner- und Drechsler), 1. Januar. Der Durchschnittslohn für Schreiner und Drechsler, die in Schreinerbetrieben beschäftigt sind, wird um 1 Pfg. pro Stunde erhöht und steigt von 56 auf 57 Pfennig. Der Durchschnittslohn der Maschinenschreiner erhöht sich von 61 auf 62 Pfg.; sämtliche bisher gezahlten Löhne erhöhen sich um 1 Pfg. Auf Affordarbeit findet die Lohn-erhöhung sinngemäß Anwendung. Der niedrigste Stundenlohn für Schreiner darf nicht weniger wie 10% unter dem Durchschnittslohn stehen; der niedrigste Lohn für Gesellen im zweiten Gesellenjahr nicht mehr wie 15%.

Beckhausen, Stadt und Amt, die Kenter Karl, Datteln, Gerten, (15. Januar 1912). Sämtliche Arbeiter erhalten eine Lohnzulage von 1 Pfg. die Stunde. Auf Affordarbeit findet die Lohn-erhöhung sinngemäß Anwendung. Der Durchschnittslohn für Schreiner und Drechsler steigt von 58 auf 54 Pfg.; der Durchschnittslohn der Maschinenschreiner ist um 5 Pfg. höher. Der niedrigste Lohn für Schreiner darf nicht mehr wie 10% unter dem Durchschnittslohn stehen; der niedrigste Lohn für Gesellen im zweiten Gesellenjahr nicht mehr wie 15%.

Berichte aus den Zahlstellen.

Hamm. Im Interesse unserer Bewegung am Orte, haben wir es bisher vermieden unliebsame Vorkommnisse die sich zwischen uns und unseren Gegnern hier und da ereigneten in unserem Organ zu veröffentlichen resp. diesen entgegenzutreten. Bei etw. keinen Anlässen wurde uns ja auch von den führenden Kollegen des sog. Verbandes versichert, daß die Vorkommnisse aus Un-erfahrenheit heraus entstandene „Entgleisungen“ einzelner Mitglieder seien. Die Veröffentlichung eines Artikels unter Hamm in der „Holzarbeiter-Zeitung“ Nr. 50 zwingt uns jedoch aus der Reserve herauszutreten. In Nr. 49 unseres Organs hatten wir in einem Bericht zwei Tatsachen angeführt, die für unsere Mitglieder interessant waren. Dem in dem Schreiben erwähnten „Anwalt“ mag das allerdings wohl sehr un bequem gewesen sein. Aus diesem Gefühl mag auch wohl der Artikel in der „Holz-arbeiter-Zeitung“ entstanden sein. Es wird auch nicht der ge- ringste Versuch gemacht das merkwürdige Verhalten des betreffenden Kollegen zu rechtfertigen. Das Feststellen der angeführten Tat- sachen ist bei unseren Kollegen eine „große Aktion der Kollegen von der schwarzen Fakultät.“ Sehr nett gesagt! Auch wir möchten unseren Kollegen eine Fakultät zugehen, können aber leider noch nicht mit einer bestimmten Farbenangabe dienen. Unsere Kollegen von der angeblich roten Couleur scheinen in der Mauerung zu sein, da in der Krantenkassenverfaulung noch viel gelb durchschillerte. Diese Vermutung stützt sich auf folgende Wahrnehmungen. Zunächst das Erscheinen des „An- walt.“ Wir wollen dem Manne soniel Rechtfertigung zutrauen, daß er nicht etwa vorhatte bei der Stimmgabe zu mangeln. Dann bleibt uns nur die Annahme übrig, daß er seinen Kollegen nicht zutraute ihre eigenen Interessen wahrzunehmen. Trotzdem ihr Kandidat zugleich ihr Führer ist. Wie die Kollegen von drüben unter sich darüber denken müssen wir ihnen selbst über- lassen. Ferner waren die „Gnossen“ sehr zaghaft beim Vor- schlag der Kandidaten. Diesen Akt überließen sie einem Manne der nicht organisiert ist, der uns bei dem gemeinsamen Lohn,

Von den Bruderschaften der Tischlergesellen.

Im Geschichtsverein für das Herzogtum Braunschweig, hielt jüngst Herr Professor Dr. Lufe einen höchst interessanten Vortrag über die mittelalterlichen Vereinigungen der Tischler- gesellen. Wie der Vortragende ausführte, sind die bis in das 19. Jahrhundert hinreichenden Tischlergesellen-Verein- igungen entstanden aus religiösen Bruderschaften. Den Gesellen war die Vereinigung sehr leicht gemacht. Einmal hatte die Kirche ein großes Interesse daran, daß die Bruder- schaften gefördert wurden, da diese sich unter ihre Obhut stellen; die Kirche hatte dafür die Bruderschaften immer an der Hand, wenn es galt, den weltlichen Wünschen der kirch- lichen Organe Nachdruck zu verleihen. Die Gesellenbruder- schaften haben sich aber schon früh von der kirchlichen Vor- mundschaft freigemacht und sind ihre eigenen Wege gegangen. Ihr Zweck war die Unterstützung der Mitglieder, die Pflege kranker Gesellen, die Bekämpfung der Geizhalsen, die Regelung der Lohnverhältnisse. Der Einzelne galt im Mittelalter noch viel weniger als heute. Der einzelne Handwerker war nicht, aber vereinigt konnten sie gegen die Meister und die Obrigkeiten Front machen. Trotz der schlechten Verkehrsver- hältnisse trafen sie sich und hatten sehr häufig unter ein- ander, was die damalige Verpflichtung der Gesellen, auf die Bruderschaft zu gehen, wesentlich beugte. Die Bruderschaften verpflegten das Gute, was sie anderswo fanden, auch in ihrer Heimat, während sie das Ueble zu bekämpfen suchten. Einmal es irgendeiner schlecht um die Gesellen, so hätte man ihnen den Hintern. Die Gesellen waren sich der großen Macht, die sie den Meistern gegenüber hatten, bald bewußt und beharrlich bemüht, ihre Befugnisse zu über- nehmen. Dann gab es „Rebellen“, regelrechte „Streiks“, wie wir heute sagen würden. Die Gesellen versuchten dann die Stadt und das Handwerk war „beschimpft“. Kein Ge- selle durfte den Arbeit nehmen. Gesellen, die sich dem Vor- schlag der Bruderschaft nicht anschließen, „Arbeitswillige“, wie wir heute sagen würden, die in der betreffenden Stadt weiter arbeiteten, durften sich bei Gefahr ihres Lebens anber- rufen nicht helfen lassen. Bei diese Weise sah man z. B. im Anfang des 15. Jahrhunderts die Weberbruderschaft in Speier einen Kampf mit Erfolg durch. Im 15. Jahrhundert gab es dann schon eine ganze Reihe von Streiks. Im 16. Jahrhundert wurde es mit dem Streik so schlimm, daß man die Hilfe von Kaiser und Reich suchte. Durch diese Ereignisse wurde dann den Bruderschaften ein Teil ihrer Macht genommen, aber gewiß haben diese Ereignisse nicht wenig an der damals im Reiche herrschenden Unreinheit

Wenn z. B. die Behörden in Nürnberg, Augsburg usw. den Bestimmungen des Reiches nachkamen, dann wanderten die Gesellen einfach aus, und andere Städte und Fürsten waren froh, wenn sie geschickte Handwerker erhielten, die es ihnen ermöglichten, erfolgreich in den allgemeinen Wettbewerb einzutreten. Im 17. Jahrhundert werden die Gesellen sehr ruhig. Das liegt aber nur an den unruhigen Zeitverhältnissen, die der 30jährige Krieg mit sich brachte. Die unruhigen Elemente gingen unter die Soldateska, die ruhigen waren froh, wenn sie ein Plätzchen fanden, wo sie ihr Handwerk ausüben konnten. In der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts, nachdem der grauen- volle Krieg beendet war, rücken und strecken sich die Gesellen aber auch schon wieder. In der ersten Hälfte des 18. Jahr- hunderts aber wurde die Macht der Bruderschaften gebrochen. Die bedeutendste Stadt für das Tischlergewerbe war damals in Norddeutschland Hamburg. Dort kam es 1750 zu einem Streik der Tischlergesellen. Letztere hatten beschlossen, einen größeren Beitrag zum Wiederaufbau der abgebrannten Michaels- kirche zu leisten, womit die Meister nicht einverstanden waren. Die Hamburger Tischlergesellen wanderten deshalb aus nach Danzig, der damals für das Tischlerhandwerk nach Hamburg bedeutendste Stadt Norddeutschlands. Im Jahre 1770 war wieder ein Tischlerstreik in Hamburg, 1788 in Oes- tere a. S., 1795 in Göttingen. Die Gründe für diese Unruhen waren meist recht niedriger Art; gewöhnlich bildeten Verbände gegen verbrieft oder Genossenschaftsrechte den Anlaß zu den Differenzen. Um Lohn- und Differenzen handelte es sich nur außerordentlich selten. Auch mit der Verpflegung waren die Gesellen meist zufrieden. In Braunschweig hatten jedoch einmal die Tischlergesellen einen langen Kampf um das Fränkchen. Diese Kleinigkeit hat dann darüber entzündet und selbst der Herzog hat sich damit beschäftigen müssen. Bis 1725 hatten die Gesellen zum Fränkchen über Brot Butter, Käse, Speck oder Schmalz erhalten. „soßen die Meister keine Julek mehr geben, sondern stat dessen ein Brot oder Biergeld, weil es anderwärts auch so sei. Da nagelten die Gesellen in einer Werkstatt, um die Meisterin zu ärgern, einen Käse an die Wand und dieser Käse dauerte durch zwei Generationen und um feinsten ist ein Meer von Linte verfrachten worden und dickliche Kleinigkeiten sind ent- standen. In Wolfenbüttel hatte der Tischlermeister Hans einen bewährten Gesellen namens Dröge eingestellt, der zur Befriedigung der Festung gehörte, aber in seinen Freistunden seinem Handwerk nachging. Derartige Gesellen waren bei den Bruderschaften nicht beliebt, desto mehr bei den Meistern, denn die bewährten und zum Fränkchen gehörigen Gesellen konnten nicht nach Belieben auswandern. Der Tischlermeister

Hans hatte nun die große Unvorsichtigkeit begangen, es zu tadeln, daß die Meisterwitwe Weinhof den Soldaten Dröge als Gesellen eingestellt hatte. Als er den Dröge dann selbst als Gesellen bekommen konnte, nahm er ihn aber sofort auf. Als die jüngsten Gesellen deshalb Kadav machten, ließ Hans sie arreterieren. Da die übrigen Meister sich auf Hans Seite stellten, so zogen die Gesellen von Wolfenbüttel fort und das Handwerk war „beschimpft“. Kein ehrlicher Tischlergeselle kam hinfort nach Wolfenbüttel und fragte um Arbeit an. Die „Beschimpfung“ dauerte sich 1788 auch auf Oes- tere a. S. aus, wo der Tischlermeister Winterberg einen Gesellen eingestellt hatte, der den Auszug aus Wolfen- büttel nicht mitgemacht hatte und daher nicht mehr zünftig war. Als die Gesellen auch dort auszogen, wurden einige von ihnen festgenommen. Der Rat von Oes- tere a. S. schrieb außerdem an den Rat zu Braunschweig, er möge einen Ge- sellen festnehmen, der von Oes- tere nach Braunschweig reisen wollte, um auch hier die Tischlergesellen zum Auszuge zu veranlassen. Die Wolfenbüttler Meister haben schwer unter diesem Streik zu leiden gehabt. Durch Vermittlung des Polizeiamtmanns kam 1791 endlich eine Versöhnung zustande. Im Jahre 1801 brach der Zwist von neuem los. Ein Tischlergeselle namens Breslauer war nach Braunschweig ge- kommen und hatte dort erzählt, er sei in Wolfenbüttel übel behandelt worden. Nun entstand zwischen den Bruderschaften ein langer Briefwechsel und schließlich mißfiel sich auch die Behörden in den Streit, nahmen einige Gesellen fest und beschlagnahmten die gewechselten Briefe. Wolfenbüttel wurde von den Gesellen streng gemieden, so daß die Meister in große Bedrängnis gerieten und keine Arbeiten liefern konnten. Erst am 25. Februar 1802 war die Sache beigelegt und die in Braunschweig verhafteten Gesellen wurden wieder auf freien Fuß gesetzt. Bald darauf begannen die Verhandlungen wegen Auflösung der Bruderschaften. Unter den Gesellen selbst war eine Spaltung eingetreten. Das gab den Meistern Mut, die Auflösung der Bruderschaften immer energischer zu betreiben. Der erste Schritt dazu wurde 1802 in Frankfurt a. Main getan. In Braunschweig waren die Gesellen mit der Auflösung einverstanden. Der Herzog zögerte indessen noch, seine Zustimmung zu der Auflösung zu geben; er wollte abwarten, wie die Verhandlungen in Frankfurt a. M. ver- laufen würden. Erst im Mai 1804 erfolgte in Braunschweig die Auflösung der Bruderschaften, nachdem vorher ein Reglement über Befähigung, Entlohnung und Arbeitszeit der Gesellen aufgestellt war. Die Gesellen waren allerdings damit nicht einverstanden, aber es half ihnen nichts. Vergangenes lehrt nicht wieder, und allmählich mußten auch die Tischlergesellen lernen, sich der neuen Zeit anzupassen.

Kampfe sehr viel Schwärzungen gemacht hat. Das war doch auch die Ansicht unserer Gegner. Wenn einer sich von solchen Leuten in den Sattel heben läßt, sieht das nicht einmal nach Selbstbewußtsein, geschweige denn nach Klassenbewußtsein oder gar Klassenkampf aus. Als wir vor einem Vierteljahr Schüller an Schüller kämpften, suchte Herr Sch. in den hiesigen Tageszeitungen durch Inserate „Streikbrecher“. Dieses Inserat wurde in der sozialdemokratischen „Arbeiter-Zeitung“ veröffentlicht und als Stärke der Christen glorifiziert. Im selben Artikel wurde dem Herrn Sch. der Lobhymnus erteilt, daß er doch in der Krankenkasse immer für die „Rechte der Arbeiter“ eingetreten sei. Du liebe Güte! Wann dann? Vielleicht dadurch, daß er als es sich darum handelte die ärztliche Verpflegung der Familienangehörigen der Mitglieder auf Kosten einzuführen mit 34 Stimmen dagegen stimmte? Und als ihm von einem „freien“ Gewerkschaftler der Vorwurf gemacht wurde, daß es unmoralisch sei mit den vielen Stimmen seiner Arbeiter gegen so eine Sache zu stimmen, während er noch nicht mal seine draußen arbeitenden Leute auf die Generalversammlung aufmerksam gemacht hätte, rechtfertigte er sich damit, daß er so etwas nicht nötig hätte besonders wenn es sich um sein Geld handele. Rätselfast ist so die Lobhudelei in einem Organ des „Klassenkämpferischen Proletariats“. Das sieht wirklich stark nach gelb aus.

Bei der Wahl waren sämtliche Leute des Herrn Sch. erschienen. Sogar die Minderjährigen waren mit Ausweisen versehen. Selbst die Nachkommen, die beim Streik „arbeitswillig“ waren marschierten als Hilfstruppen der „Genossen“ auf. — Dann hat es den „Genossen“ unser Flugblatt, das wir so im „Stillen“ an unsere Mitglieder versandt haben angefallen. Na, wir werden doch wohl nicht nötig haben unsere Flugblätter erst der roten Pressekommission zur Begutachtung zu unterbreiten. Wenn die „Genossen“ aber die Welt in Erstaunen setzen wollten über unsere „Wahrheitsliebe“, dann mögen sie gefälligst selbst besser bei der Wahrheit bleiben. Wenn wir schreiben „die sozialdemokratische Partei hat gegen die Einführung der Krankenversicherung gestimmt“ und in der „Holzarbeiter-Zeitung“ wird dieser Satz so zitiert: „Die soziald. Abgeordneten waren gegen jede Krankenversicherung im Reichstage gewesen“, so ist das ein Verdrehungsstück. Nebenbei auch ein Versuch, die „All- oder Nichtspolit der Genossen auf sozialpolitischem Gebiet zu beschönigen. Bei den Lesern eines politisch-neutralen Gewerkschaftsorgans das seinen Lesern Artikel a la „Endlich“ verabreicht mag das angebracht sein. Bei uns sind Lausagen keine Mäzgen und wir ziehen unsere Lehren daraus. Dem Wunsch und der Hoffnung unserer Kollegen von der „anderen“ Fakultät daß es auch hier einmal Tag wird schließen wir uns gern an, vermögen nur nicht einzusehen, daß der kommende Morgen gleich durch rote Gläser abgeblendet werden muß.

Dorfen. Der Bericht unserer Ortsgruppe in Nr. 52 des „Holzarbeiter“ weist einen Druckfehler auf. Es wird darin gesagt, daß der Durchschnittslohn der Schreiner in Voltrop bei 9 1/2 stündiger Arbeitszeit 45 Pfg. betrage, derjenige der Maschinenschreiner 50 Pfg. In Wirklichkeit steht aber der Durchschnittslohn in Voltrop auf 54, resp. 59 Pfg.

Darmen. Am 14., 15. und 16. Dezember haben die Wahlen der Weisiger für das königliche Gewerbegericht hier stattgefunden. Auf Antrag der christlich-nationalen Arbeiterorganisationen sind dieselben zum ersten Male nach dem Verhältniswahlsystem getätigt worden. Auf die Liste der christlich-nationalen Arbeiterpartei entfielen 1363 Stimmen, die soziald. Gewerkschaften vereinigten 3965 auf sich und die Liste der Handwerkermeister (Hausgewerbebetreibende) bekam 81 Stimmen. Die christlich-nationalen Arbeiter erhalten 4 Sitze, die Sozialdemokraten 12 und die Handwerkermeister gehen leer aus. Wenn wir nun, da wir uns das erste Mal an der Wahl beteiligen, 4 Weisiger erhalten haben, so müssen wir uns doch fragen, wenn alle christlich-nationalen Wähler sich ihrer Pflicht im öffentlichen Leben bewußt wären und jeder in dieser Hinsicht seine Pflicht getan hätte, es möglich gewesen wäre, daß wir einige Sitze mehr erhalten hätten. Es wird für uns christliche Gewerkschaften die nächste Aufgabe sein, dahin zu arbeiten, daß ein jedes Mitglied mehr wie bisher der Fall war, mitarbeiten muß, um die Stellung in der Öffentlichkeit zu erreichen, die uns zukommt. Denn nur die christlichen Gewerkschaften sind es, welche die Interessen der Arbeiter vertreten, und für uns der Zentralverband christlicher Holzarbeiter, weshalb auch ein jedes Mitglied dafür arbeiten muß, daß die noch unorganisierten Kollegen unserem Verbande zugeführt werden und solche gibt es hier auch noch genug. — Vor mir liegt ein Brief eines Mitgliedes des S. D. Gewerbevereins der Holzarbeiter. Dieser Kollege gehörte seit neun Jahren dem Gewerbeverein an und hat in dieser Zeit noch keine Unterstützung bezogen. Von der Bezirksstellenverwaltung wurde dem Kollegen das Zeugnis aufgestellt, daß er ein gutes Mitglied sei. Durch den Metallarbeiterstreik, welcher in diesem Sommer und Herbst stattfand, wurden auch einige Kollegen der verschiedenen Holzarbeiterverbände in Mitleidenschaft gezogen. Vom S. D. Gewerbeverein traten einige Mitglieder einer Maschinenfabrik mit in Streik. Es wurde den Kollegen andere Arbeit angewiesen, welche sie auch annahmen. Der eine Kollege aber konnte die ihm angewiesene Arbeit nicht verrichten (es war Bauarbeit, Parquetboden Aufreißen und Neulegen) weil er einen doppelten Bruch hatte und schon seit 23 Jahren in der Maschinenfabrik, davon 18 Jahre als Drechsler, tätig war. Es durfte aber diesem einzigen noch am Streik beteiligten Kollegen deshalb die Unterstützung nicht gezahlt werden und es wurden ihm ungefähr für 7 Wochen die Unterstützung entzogen. Hätte die große Kasse, wo so gerne mit geprahlt wird, durch dieses einzige hier am Orte zu unterstützende Mitglied ein zu großes Loch erhalten?

— Doch nun zu einem anderen Verbands, dem deutschen Metallarbeiterverband, der seine Mitglieder aus allen möglichen Berufen (ob es Metall- oder Holzarbeiter sind) zusammenfaßt. Er hat im Sommer und Herbst hier einen großen Streik in den Maschinenfabriken inszeniert. Auch von unserem Verbands sind 8 Kollegen daran beteiligt gewesen. Trotzdem unsere Kollegen gegen diese Lohnbewegung starke Bedenken hatten, haben wir uns dem Beschlusse der Mehrheit gefügt. Wir hatten von Anfang an das Gefühl, daß dieser Streik zu keinem guten Erfolge führen werde, besonders nicht für die Holzarbeiter. Was haben nun die Metallarbeiter erreicht? Nach 18 Wochen Kampf ist der Streik abgebrochen worden. Von den Streikenden hatten sich ein Teil bereits schon während des Streiks als Arbeitswillige in den Betrieben eingefunden und es wurde nun von den Fabrikanten die gelben Wertvereine gegründet. Als der Streik aufgehoben wurde, waren in einzelnen Betrieben schon bis zu 100 gelbe Wertvereiner beschäftigt. Heute geht ein großer Teil der Unternehmers dazu über, keine Arbeiter mehr einzustellen, welche sich nicht verpflichten, dem Wertverein beizutreten und aus den Gewerkschaften auszutreten. Es wurden nun dem Schreiber dieses Berichtes, wie im Laufe der Woche ein Holzarbeiter, der dem sog. Metallverbande angehört, von einem Beamten dieses Verbandes, nachdem er in einer Maschinenfabrik um Arbeit angefragt hatte und er unter der Bedingung, daß er dem gelben Verein beitreten

wolle, anfangen könne, geraten wurde, auf diese Bedingungen nur einzugehen, jedoch dem Verbands treu zu bleiben. Es ist auch ein öffentliches Geheimnis, daß eine ganze Anzahl sog. Metallarbeiter dem Gelben und dem Verband angehören. Wenn wir sehen, wie in den gegnerischen Verbänden gehandelt und wie ihre Organe, — wie jetzt die Holzarbeiter-Zeitung unsere Mitglieder in Herdorf — uns als Streikbrecher etc. titulieren, so wird uns dieses ganz kalt lassen. Mehr wie bisher, lehrt uns der Metallarbeiterstreik in Darmen, daß unsere Kollegen sich nicht von den roten Verbänden zum Streik treiben lassen dürfen, sondern nur nach ihrer eigenen und unseres Verbandes Erwägungen in eine Lohnbewegung eintreten sollen. Ferner zeigt uns dieser Streik, daß die Holzarbeiter nicht in den roten Metallarbeiterverband gehören, sondern dort, wo ihre Interessen auch voll und ganz vertreten werden, in den Zentralverband christl. Holzarbeiter. Deshalb ihr Kollegen von Elberfeld-Darmen, arbeite ein jeder, damit auch im neuen Jahre unsere Zahlstelle weiter eine Mitgliederzunahme zu verzeichnen hat und damit die Interessen der Holzarbeiter ohne parteipolitische Rücksichten gerecht vertreten werden.

Krankengeldzuschusskasse.

München. Es darf wohl hier auch einmal gesagt werden, daß wir mit der Entwicklung des Verbandes viel mehr zufrieden sein können, als mit der Entwicklung unserer Krankengeldzuschusskasse. Mit aller Mühe haben wir vergangenen Jahres 24 Kollegen gewonnen. Dreimal so groß könnte die Zahl für die hiesige Zahlstelle leicht sein. Es scheint aber, daß auch auswärts sehr wenig für unsere Krankengeldzuschusskassen getan wird. In der hiesigen Zahlstelle sind 265 Kollegen im Jahre 1911 zugeführt und davon waren nur 4 in der Krankengeldzuschusskasse. 200 Kollegen sind aufgenommen worden. Von all diesen Kollegen konnten nur 24 für unsere Krankengeldzuschusskasse gewonnen werden. Wir dürfen wohl in nächster Zeit mehr für unsere Sache erhoffen. Unsere Sekretäre und die Ortsverwaltungen scheinen viel zu wenig an die Krankengeldzuschusskasse zu denken. Es muß unsere Hauptaufgabe sein, besonders die jungen, leistungsfähigen Kollegen für unsere Sache zu gewinnen. Die jungen Kollegen sollten den älteren Kollegen ein Beispiel geben an Opferwilligkeit. Bei der Agitation wird das manchen die Augen öffnen und leicht wird es so sein, Mitglieder zu gewinnen. Handelt es sich denn hier nur darum, die letzten sauer ersparten Groschen der Krankengeldzuschusskasse zu opfern? Gewiß wird sehr oft gesagt: Ich habe schon so viele Beiträge zu entrichten, daß ich mir keine weiteren mehr aufbürden lassen kann; ich kann mir doch auch jede Woche die 30 Pfg. beiseite legen, um an kranken Tagen einen Rückhalt zu haben. Der Wille zum Sparen mag bei jedem Kollegen vorhanden sein, kommt jedoch die Krankheit, dann fehlen die Ersparnisse. Aber auch die Garantie fehlt, schon nach 12 Wochen 200—300 Mark in Reserve zu haben, die jedem Kollegen in der Krankengeldzuschusskasse geboten ist. 11 Jahre muß man sparen, bis so viel erübrigt ist, was die Krankengeldzuschusskasse nach 12 Wochen gewährt. Man hat ferner die Garantie, daß man das ganze Leben lang Anteil an der Unterstützungskasse hat. Eine einzige schwere Krankheit kann leicht für immer die Aufnahme unmöglich machen. Deshalb sollen die Kollegen nicht denken, sie wären noch zu jung und sie reisten doch hier und dort herum. Ueberall können die Beiträge zur Krankengeldzuschusskasse mit den Verbandsbeiträgen entrichtet werden. Der allgemeine Wunsch fürs neue Jahr ist Gesundheit als größtes Glück. Die Gesundheit zu erhalten, muß auch das notwendig zu erreichende Ziel unserer Kollegen sein. Die Unterstützung bei einer Krankheit ist aber oft eine miserable. Und mancher Kollege schiebt die Behandlung angehender Krankheiten wegen der Einkommenssorgen soweit hinaus, bis es oft dem Arzt nicht mehr möglich ist, die volle Gesundheit wieder herzustellen. Wir wir gewerkschaftlich zusammen arbeiten, unsere Lage zu verbessern, so müssen wir auch zusammenleben, um jedem einzelnen kranken Kollegen zu helfen. Es liegt nun im Willen der Kollegen, zu einem Arzt zu gehen und ein Gesundheitsattest der Zentrale zwecks Aufnahme in die Kasse anzuschicken. Man befrage sich bei der Ortsverwaltung, ob ein Vertrauensarzt vorhanden ist, weil durch ein Abkommen die Untersuchungskosten bedeutend ermäßigt sind. Kollegen! Unterstützt unsere Kranken, unterstützt unseren Verband! Denn durch eine gut ausgebaute Unterstützungskasse festigen wir uns unsere Mitglieder. Unseren Besammlungsbesuch haben wir dadurch, daß wir Einzahlungen halten und unseren Gegnern es nicht mehr so leicht möglich ist, die Kollegen zu irretieren. Mit diesen wenigen Zeilen dürfte angedeutet sein, daß wir mehr an dem Ausbau unserer Krankengeldzuschusskasse als bisher arbeiten müssen, zum Wohle unseres Verbandes und besonders für unser eigenes Wohlergehen. Treten wir ernsthaft an diese Aufgabe heran, dann wird das neue Jahr uns und vielen anderen Segen bringen.

Sterbefall.

Franz Willmer, Schreiner, gestorben zu Bedern, Ruhe in Frieden!

Gewerkschaftliches.

Die christlichen Gewerkschaften Belgiens haben im Jahre 1911 um mindestens 23 000 Mitglieder zugenommen. Sie zählten anfangs August 71 235 Mitglieder und haben die besten Aussichten für eine günstige Weiterentwicklung. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften hingegen stagnieren. Diese haben im letzten Jahre nur um c. 600 Mitglieder zugenommen. Sie zählten 1908: 67 418, 1909: 73 361, 1910: 68 934 und 1911: 69 601 Mitglieder. Im sozialdemokr. Lager ist man mit dieser Entwicklung denn auch im höchsten Grade unzufrieden. Le Peuple, das soziald. Hauptorgan Belgiens vom 5. Dezember 1911 schreibt: „Wir kommen nicht von der Stelle. Es ist ja wahr, daß unsere Gewerkschaften sich konsolidieren, daß sie manchen Angriffen wider-

stehen. Aber die Zahl der organisierten Proletarier ist zurückgegangen im Hinblick auf die Zahl der in der Industrie beschäftigten Arbeiter, die mehr als 900 000 beträgt. Unser Marsch muß beschleunigt werden!“

Neutralitäts-Konfusion macht sich in dem Hirsch-Dunder-schen „Mitteldeutscher Kurier“ (18. Dez.) bemerkbar. In einer Zuschrift an das genannte Blatt wird der Freude Ausdruck gegeben, daß so vielen Hirsch-Dunder-schen Gewerksvereiner eine Kandidatur zum Reichstag angetragen ist. Der Schreiber hegt dann den Wunsch, daß möglichst viele S. D. Gewerksvereiner gewählt werden. Er plaidiert wie folgt für eine tatkräftige Unterstützung der Kandidaturen:

„Nach reiflicher Ueberlegung bin ich zu dem Resultat gekommen, — und dieses verleiht nicht gegen unsere Neutralität — wenn wir durch Sammlung von Geldern unsere Gewerksvereiner unterstützen, ich gestatte mir, gleich dabei zu bemerken, daß auch die christlichen und noch mehr die freien Gewerkschaften durch Sammlung von Geldern für ihre Arbeiterkandidaten eintreten. Die christlichen Gewerkschaften haben durch Aufruf aufgefordert, Geld für ihre Sekretäre zu Wahlzwecken zu sammeln und die freien Verbände haben Tausende von Mark aus den Lokalkassen für den Wahlfonds der Sozialdemokratie bewilligt und ist hier bei letzteren eher zu konstatieren, daß dabei ein Bruch der Neutralität eingetreten ist, die ja überhaupt noch nie vorhanden war.“

Was den christlichen Gewerkschaften für ihre Kandidaten recht ist, muß uns also billig sein und erjuche ich daher, eine Sammlung zugunsten der von uns entnommenen Kandidaten vorzunehmen.“

Die den christlichen Gewerkschaften geltenden Behauptungen, sind rein aus den Fingern gezogen. Niemals haben die christlichen Gewerkschaften in einem Aufruf aufgefordert, Gelder für ihre Sekretäre zu Wahlzwecken zu sammeln. Das wäre mit der parteipolitischen Neutralität der christlichen Gewerkschaften auch gar nicht vereinbar. Denn wo christliche Gewerkschaftler als Kandidaten für die Reichstagswahl aufgestellt werden, da sind sie nicht Gewerkschafts-, sondern Parteikandidaten. Jede geldliche Unterstützung aus Gewerkschaftsmitteln oder aus gewerkschaftlichen Sammlungen wäre ein Bruch der grundsätzlich festgelegten Neutralität. Wenn die Hirsch-Dunder-schen Gewerksvereiner für bestimmte Kandidaturen sammeln wollen, dann mögen sie das mit ihrer Neutralität vereinbaren, die Berufung auf die christlichen Gewerkschaften die das gleiche tun sollen, mögen sie indes unterlassen, da derartige Behauptungen wahrheitswidrig sind.

Lohnherabsetzung auf den Reichswerken. Der Staatssekretär des Reichsmarineamts hat verfügt, daß die Löhne der meisten Arbeiter auf den Reichswerken eine Erhöhung erfahren sollen. Die Löhne der Böttcher, Dreher, Korbmacher, Tapezierer, Sattler, Schiffbauer, Schiffszimmerleute, Tischler und Zimmerleute, die bisher in 6 Stufen 40—51 Pfg. pro Stunde bezogen wurden um 2 Pfg. aufgebessert. Die Lohnherabsetzung tritt sofort in Kraft. Hoffentlich nehmen sich die Privatwerften, an dem Vorgehen des Reichsmarineamts ein gutes Beispiel. Notwendig wäre es schon.

Soziale Rundschau.

Soziale Wahlen. Am 28. Dezember fanden im Sadtrevier die Wahlen der Weisiger zum Berg-Gewerbegericht statt. Von 11 zu wählenden Weisigern erhielt der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter 8. Außerdem wurden gewählt 1 Facharbeiter und 2 „Bilde“. Der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter vereinigte 7173 Stimmen auf seine Kandidaten; die Berliner Facharbeiter erhielten 576; für die übrigen Kandidaten wurden 873 Stimmen aufgebracht. Die Wahlbeteiligung war eine geringe.

Entwicklung des Wohnwesens in Westfalen. Die Provinz Westfalen hat im deutschen Reich wohl den größten Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen. Die Zunahme beträgt alljährlich ca. 100 000. Für die Bevölkerung mit geringeren Einkommen, müssen so alljährlich 16 000 neue Kleinwohnungen errichtet werden. Die starke Bevölkerungszunahme hat zu einem Wohnungsmangel geführt, dem die verschiedensten Kreise sich abzuwehren bemühen. Daß das gemeinnützige Bauwesen nicht in dem gewünschten Maße Fortschritte macht, führt Landesrat Dr. Althoff, der Leiter der Landesversicherungsanstalt namentlich auf die Gemeindevertretungen zurück, die die Frage nach den privaten Interessen beurteilen. Die Landesversicherungsanstalt hat bisher in ca. 250 Gemeinden bei selbstschuldnerischer Bürgschaft diesen für den Kleinwohnungsbau 2 1/2 Millionen Mark hergegeben. An gemeinnützigen Baugenossenschaften bestehen 150. Im Jahre 1911 wird die gemeinnützige Bautätigkeit mit etwa 7,2 Prozent an der Gesamtzahl der herzustellenden Kleinwohnungen beteiligt sein. Diese Zahl beweist, daß die Deckung des Bedarfs an Kleinwohnungen in der Hauptsache nach wie vor, der privaten Bautätigkeit zufällt. Von Werken und Arbeitgebern sind bis 1910 rund 56 200 Wohnungen für Angestellte und Arbeiter errichtet worden. Im Jahre 1910 sind rund 10 000 Wohnungen hinzugekommen, davon bei einer Beherbergung allein rund 1500. Die Landesversicherungsanstalt Westfalen hat im ganzen ca. 89 Millionen Mark für den Kleinwohnungsbau hergeliehen. Leider werden diese Gelder künftig vielleicht nicht mehr so reichlich und auch nicht mehr unter so günstigen Bedingungen zu haben sein, beides Umstände, die auf die Entwicklung des Kleinwohnungsbau nicht ohne Einfluß sind. Während die Landesversicherungsanstalt Westfalen in den letzten Jahren fast ihre sämtlichen verfügbaren Gelder in Darlehen für den gemeinnützigen Kleinwohnungsbau auslieht, ist sie darin künftig durch die Bestimmung der neuen Reichsversicherungsordnung beschränkt, wonach die Landesversicherungsanstalten 1/4 ihres Vermögens in Reichs- und Staatspapieren anlegen müssen. — Noch einschneidender ist aber die Vorschrift, wonach der Zins für die Gelder mindestens 3 1/2 Prozent betragen muß. Das Reichsversicherungsamt verlangt nur die Erhöhung des Zinsfußes für die bereits früher gewährten Darlehen.

Die Partei der „Brüderlichkeit“. Der Genosse Westmeyer, die Seele und der Mittelpunkt der Ultrabildeten der Stuttgarter Sozialdemokratie, erfährt nun an sich selbst die sozialdemokratische „Brüderlichkeit“. Sein Plan, sich zur führenden Stellung in der „Schwäbischen Tagewacht“ aufzuschwingen, ist ihm mißlungen; er ist zugleich mit dem Chefredakteur Keil, dem Reichstagsabgeordneten des zweiten Wahlbezirks, abgesetzt worden; sein Plan, den verlorenen Einfluß durch einen Sitz auf dem Rathaus wieder zu gewinnen, ist ihm vereitelt worden, indem der offizielle Wahlzettel der Partei durch die Mehrzahl seiner Parteigenossen verändert wurde. Jetzt wird dem „Mann des Mißerfolgs“ von seinen eigenen Parteigenossen aufs übelste mitgespielt. „Stimmlose Verleumdungen“ und „giftige Lügen“ — so schreibt Westmeyer selbst — regnen auf ihn herab; dabei muß er den Schmerz erleben, daß die „Schwäbische Tagewacht“ ihm keinen Raum gewährt zur Verteidigung gegen seine Angreifer, die vor den „schmutzigsten“ Kampfmitteln nicht zurückschrecken. Nun hat er sich an die in Göppingen erscheinende sozialdemokratische „Freie Volksztg.“ gewendet, der er in einem langen Artikel: „In der Notwehr“ sein Herz ausschüttet. Es heißt in diesem Artikel u. a.:

„Nach meiner Aufregung durch die Mehrheit der Landesversammlung jubelt man: „Nun muß der Westmeyer aus Stuttgart hinaus!“ Durch die Zerstörung meiner Existenz in Stuttgart glaube man das heiß ersehnte Ziel erreicht zu haben. Keine Gegner jubelten so sehr. Nach dem wohlgeleitungen Wahlzettel bei der Gemeinderatswahl schäumte die Freude noch auf: „Nun muß er fort!“ Das Rezept, mich mit Weib und Kind in Stuttgart auszuhungern, schien endlich sicher zu wirken. Um ganz sicher zu gehen, setzte man auch noch die ungeschicktesten Beschuldigungen in die Welt, um mir das letzte, den guten Namen, zu zerstören. Pamphlete mit den schmutzigsten Lügen werden in Massen hergestellt und verstreut, Briefe mit Menschenkot, offene Postkarten mit den tollsten Schmähungen mir zugesandt. Die anonymen Schäfte können nicht abzählen sein. Ich bin müde geworden des Kampfes mit unjählicher Niedertracht und Gemeinheit. Hart war es, als wir im Gefängnis zu Gehängen die Nachricht wurde, daß meine beiden Kinder todkrank darniederliegen, während der Vater hinter einem Gitter küßt für sein Entkommen für die Arbeiterschaft. Aber bitterer noch ist die Erfahrung, daß Arbeiter, arme Leute wie ich, dieser planmäßigen Auszehrung und Schrahfabrikerei ausbeuteln. Das hat mich gebrochen.“

Dieser Notzettel verdient als document human dem großen Mißstand einverleibt zu werden, in dem die Beweisführung für die Bestimmung der „Brüderlichkeit“ unter den Genossen gesammelt werden.

Aus dem gewerblichen Leben.

Der Arbeitsmarkt im Holzgewerbe. Nach den Veröffentlichungen des „Reichsarbeitsblatt“, ging das Geschäft in den Säge- und Hobelwerken im November u. J. verhältnismäßig ruhig. In Bayern herrschte ein Ueberangebot von Arbeitskräften. Die Automobilindustrie hatte lebhaft zu tun. Es machte sich ein Mangel an gelehrten Arbeitern bemerkbar. Die Holzpflockfabriken waren noch zufriedenstellend beschäftigt, doch machte sich auch hier ein Rückgang bemerkbar. Die Salonstuhlfabrikation hatte ebenfalls noch genügend zu tun. Die Kissenfabrikation war bis zur Mitte des Monats gut beschäftigt, dann trat eine Abflaumung wie jedes Jahr um diese Zeit ein. Die Fassfabrikation war wie in Bormonate noch normal und etwas besser als im Vorjahr mit Arbeit versehen; zum Teil mußten Ueberstunden angelegt werden. Die Möbelfabrikation war nach Berichten aus Norddeutschland im allgemeinen recht mittelmäßig beschäftigt und zeigte gegen den Vormonat eine Verschlechterung. Die Herstellung von Laden- und Kommodenmöbeln hatte dagegen ziemlich gut zu tun. In Süddeutschland war nach einem Berichte des Verbandes Süddeutscher Holzindustrieller der Geschäftszug etwas ruhiger wie im Vormonat. Die Herstellung von Korbmöbeln, besonders von Korbstühlen hatte recht gut zu tun, da sowohl der Absatz nach den Vereinigten Staaten und Frankreich als auch im Inlande wesentlich zugenommen hat. Ein Bericht aus Thüringen spricht sich zugunsten aus, da der Absatz infolge der Lebensmittelpreiserhöhung und, soweit das Land in Frage kommt, wegen der Maul- und Klauenseuche sehr nachgelassen habe.

Die Betriebskrankenkassen der Holz- und Schnitzstoffindustrie mit 12240 männlichen und 2838 weiblichen Mitgliedern zeigen im Berichtsmonat eine Zunahme von 3 männlichen und 46 weiblichen Mitgliedern.

Nach den Berichten der Arbeitsnachweise kamen im November 1911 auf 160 offene Stellen 174 Nachfragen von Männlichen und 81 weiblichen Holzarbeitern. Nachstehende Tabelle ermöglicht einen Vergleich mit früheren Monaten:

Geschlecht	April		Mai		Juni		Juli	
	1910	1911	1910	1911	1910	1911	1910	1911
männlich	161	157	180	128	176	139	177	131
weiblich	82	56	93	55	107	68	90	103

Geschlecht	August		September		Oktober		November	
	1910	1911	1910	1911	1910	1911	1910	1911
männlich	148	111	185	109	171	188	217	174
weiblich	75	96	76	90	103	77	65	81

In Berlin und der Provinz Brandenburg ging die Beschäftigung weiter zurück. Die Böttcherei wies einen befriedigenden Geschäftszug auf. In Schleswig-Holstein, Hamburg, Lübeck wurden Tischler kaum verlangt. Im Rheinlande verzeichnet das Holzgewerbe einen Rückgang. In Hessen, Hessen-Nassau und Waldeck war das Gleiche festzustellen. Nur nach Spezialarbeitern für bessere Möbel herrschte in Frankfurt a. M. und Darmstadt Nachfrage. In der sonstigen Möbelschreinererei ging das Geschäft schlecht. Eine Darmstädter Firma mußte 64 Arbeiter entlassen. In Worms fiel die Zahl der offenen Stellen von 152 im Oktober auf 81 im November. Aus Bayern berichtet Bamberg wenig Nachfrage nach Arbeitskräften. In Regensburg glich sich Angebot und Nachfrage ziemlich aus. Lindau meldet einen Rückgang; ebenso Nürnberg. In Regensburg herrschte Ruhe, während die Beschäftigung in Rosenheim und Straubing noch lebhaft war. In Ludwigshafen war die Nachfrage gering. In München gingen die Stellenangebote im Schreinergerwerbe bedeutend zurück. Hier hat sich bei den Wagnern die Lage wenig verändert. Drechsler, Schächler und Bürstenmacher hatten keine günstige Geschäftslage. In Würtemberg war der Geschäftszug flau. Hingegen war's in Baden verhältnismäßig besser. In Pforzheim wurde noch flott gearbeitet. Auch Freiburg war noch gut beschäftigt. In Karlsruhe herrschte Mangel an Gläsern; ebenso in Baden-Baden, wo auch Schreiner gesucht waren.

Die Arbeitslosenstatistik der Gewerkschaften zeigt für November folgendes Bild:

Arbeitslose (am Orte und auf der Reise befindlich) auf 100 Mitglieder am Ende des letzten Monats des Monats	männl.			weibl.			Ende Nov. 1910	Ende Okt. 1911
	1910	1911	1911	1910	1911	1911		
Soziald. Bildhauer	3,0	—	3,0	1,6	0,3	—	—	—
„ Tapezierer	8,5	0,9	8,4	6,2	3,6	—	—	—
„ Glaser	3,3	—	3,3	3,7	3,7	—	—	—
„ Holzarbeiter	2,5	1,5	2,5	3,5	2,1	—	—	—
H.-D. Holzarbeiter	1,2	—	1,2	1,2	1,1	—	—	—
Bildhauer	8,6	—	8,6	8,8	7,7	—	—	—
Schriftl. Holzarbeiter	0,7	0,5	0,7	1,3	0,7	—	—	—

Technische Notizen.

Alles Holzwerk in Reparatur.

Auch um das Reparieren alter holzkünstlerischer Erzeugnisse ist es ein Stück Denkmalspflege. Neben genau so, wie bei den Objekten alterwürdiger Baukunst. Hier wie dort sind Reparaturen — bei den Bauwerken Restaurieren genannt — oft unumgänglich, wenn man den zehrenden Verfall des Kunstwerkes hintanhaltend will. Auf beiden Gebieten aber auch sieht man die um Erhaltung ehrlich besorgte Wertpflege im Ueberreifer nicht selten auf Irrwege verrennen, zum Schaden, zum Verderben des durch solche Schleppe mißhandelten Kunstwerks. In der Architektur ist es damit ja seit den letzten Jahren wesentlich besser geworden, dank der unermüdlichen Aufklärungsarbeit, die in Bauvereinen immer noch wacht. Auf dem Gebiete der Holzkunst ist man leider in der Pflege aller Werkstücke noch sehr zurück. Hier werden beim Reparieren alten Holzwerkes nur zu oft noch die Grenzen des Erlaubten übersehen. Manches köpliche Werk alter Zeit wird da durch unverständige Reparatur entstellt und seiner besten Wirkung für immer entkleidet.

Auf altes Holzwerk gerichtete Reparaturfrage lassen naturgemäß zunächst an alte Möbel denken, wie sie auf alten Schlössern, in vornehmen Patrizierhäusern, nicht zum wenigsten aber auch auf dem Lande, in der Bauernstube, noch Heimrecht besitzen. Umschau in solchen Räumen zeigt aber, daß edles altes Holzwerk hier auch absieht der Möbel noch reichlich in Gebrauchsdienste ging, an Bilderrahmen, Wandvertäfelungen, Zimmertüren und Ledern. Noch mehr aber ist von allem Holzwerk für die Ausschmückung der Kirchen geschehen. Im Chorgerüst, in Altären, Holzpaternen und mancherlei sonstigem Schmuckwerk bietet sich überreiche Fälle von Reparaturbedarf.

Nur selten bringt der Tischler zu derlei Aufgaben den richtigen Geist mit. Nur wenige Praktiker gehen an das ihnen zur Reparatur anvertraute alte Holzwerk mit jenem Werkempfinden, das dem Wiederaufbau wehrt und eindringlich mahnt, nur festzuhalten und gegen weiteren Untergang zu feien. Und selbst wo der Tischler ausnahmsweise einmal tiefen ehrfürchtigen Werk Sinn zur Reparaturaufgabe mitbringt, sind es nur zu oft dann die unverständigen Besitzer

und Auftraggeber, die von ihm erwarten und befehlen, daß er auch die schon eingetretene Zerstörung wieder ausgleiche, den Seitenablauf wieder zurückschreibe. Ja die Einfichtlosigkeit geht bisweilen so weit, daß man die Reparatur dann nur für geblieben und bezahlenswerth erachtet, wenn das alte Holzwerk wieder „wie neu“ aussieht.

Den wahren Freund alter holzkünstlerischer Schöpfung muß diese Art Reparatur aufs tiefste empören. Nur dem Scheine nach ist das Ausbessern, dem Erfolg nach bedeutet es blinde und grausame Zerstörung auch der letzten, von der Zeit bis dahin wenigstens noch geschonten Werkzeuge. Es ist Handwerksfrevel, eine alte Holzarbeit seiner Vergänglichkeitsmalen zu entkleiden, die gerade zu den wesentlichsten ästhetischen Bildnern des Antikwertes gehören. Es ist Trugkunst, altem Holzwerk für eingebühtes Teilgut verlogenes Jungwerk aufzupropfen, das mit dem Alten nie einheitliches Werkwesen ergeben kann, weil Stirn und Herz und Hand des alten Werkkünstlers und des nachschaffenden Gegenwartsmannechen von durchwegs verschiedener Seele ihren Impuls haben. Und vollends lächerlicher und beschämender Werkfunsinn ist es, derartige neueste Nacharbeit obendrein auch noch durch allerlei knifflige Prozeduren mit altertümelnden Exterieur zu beschmücken. Das alles ist abschließlicher handwerklicher Unrat. Wer es aufrichtig meint um die Erhaltung alter Holzkunst, wird sich scheuen und davor hüten, auf solch widerwärtige Art an reparaturbedürftigem altem Holzwerk künstlerische Schändung zu üben.

Damit ist nun freilich keineswegs gesagt, für die vorliegenden Zwecke der Ausbesserung dürfe zu dem alten Holzwerk überhaupt nichts hinzugefügt werden. Freilich kann und darf es sich Reparatur alter holzkünstlerischer Arbeit nur darum handeln, das noch Vorhandene gegen weiteren Verfall, gegen das Umfließen der Zerstörung, unbedingt zu verwahren. Gerade das fordert denn aber Zulässigkeit solcher materiellen Zutaten, die lediglich diesem Zweck der Konservierung und ästhetischen Rehabilitierung des Kunstbestandes dienen, ohne zugleich altkünstlerische Ziele zu verfolgen. Man denke beispielsweise an abgeplante Fournierstellen. Wo das Fournier nur hochgesprungen ist, genügt es, vorsichtig den darunter befindlichen Baum zu enternen und dann jaggemäß wieder aufzuzimmern. Wo aber die Fournierung bereits abhanden gekommen, bleibt nur übrig, die fehlenden Stellen neu zu fournieren, damit an ihnen die Zerstörung keinen Rückhalt findet, um von den entblößten Stellen aus weiteres Abspringen des Fourniers zu betreiben. Werkkünstlerisch ist solches Fournierstellen durchaus kein Fehlgang. Man wird jederzeit mühelos erkennen, welche Stellen neuourniert werden mußten. Die Altersspur ist hier also keineswegs verwischt. Gleiches gilt für schadhaft gewordenen Intarsienwerk. Es geht nicht an, im Holzgrunde die Stellen leer zu lassen, in denen ursprünglich die Intarsien saß. Derlei gähnende Lücken würden ebenso abstoßend wirken, wie nackter Fourniergrund. Ueberdies ist ja auch beim Fehlen des einen Intarsienstücks meist für die angehörigen, noch vorhandenen Intarsienteile Gefahr im Verzuge. Gewiß wäre es nun werkmäßig, wollte man zur Füllung der Leerstelle nun die alte Holzart der Intarsien und ihre Zeichnung peinlich genau nachlesen und so das fehlende alte Stück neu, in genauer Uebereinstimmung, täuschend ähnlich wieder einfügen. Das wäre Werkflüge. Fällt man aber die Fehlstelle mit einem Holze, das nach Art und Farbe gut zum Ganzen stimmt, so kann man jederzeit feststellen, wo unersehlicher Wertverlust zu werkmündiger Notwehr gedrängt hat. Eine besondere Stellung der Reparatur gegenüber nehmen Schnitzwerk und Holzbildhauerei ein. Schwadhafter schnitzkünstlerischer oder holzbildhauerischer Schmuck erfordert keinerlei Nachwerk im Interesse des Bestehenden. Abgefallene Teile, soweit vorhanden, werden durch Verketten wieder angefügt, nötigenfalls unter Beihilfe rüchwertiger Stützen. Neueinfügen fehlender Teile in den alten geschähe hier ohne Werkgrund und Werkrecht. Kennerschaft zieht auch aus derlei fehlenden Teilen, so bedauerndwert sie an und für sich auch sind, immer noch ästhetische Veruhigung: Solch Fehlendes zeichnet in das Holzwerk die deutlichsten Runen des Schönheitsfalls.

Franz Heinze & Co.

Briefkasten.

Welcher Kollege kann eine gute Bezugsquelle für Abziehlsteine nennen? Gesf. Antworten werden an die Redaktion erbeten.

Eingelegte Fourniere für Häufige, Schalen u. Säuzgen. Kupferbogen gegen 20 Pfg. in Dreiecken. Schnelle, leichtmachende Apparate. **Carl Bach, Karlsruher, Heidelberg, Theaterstraße 7.**

Einem tücht. jüngeren Fräulein hat ein Möbelgeschäft in größeren Städten Arbeit zu vergeben. **Dresden, N. F. Z. a. i. Schützenstr. 21.**

15 bis 20 Bau- u. Möbelschreiner werden in Wiesbaden beschäftigt. **Wiesbaden, bei der Oberpostdirektion 1. Bureau.**

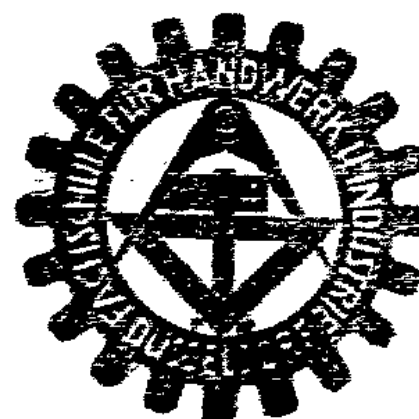
Bleistifte, Metermaße

Notizbücher Lieferanz zum Verkauf in den Zahnstellen preiswert und gut. **Muster-Sortiment von Bleistiften gegen Einsendung von 1 Mk. in Briefmarken.** **Lieferant der Zahnstelle Celn des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.** **H. MELCHERS, Köln-Nippes, Bülowstrasse 17.**

6 Modellkünstler für die Zahnteil. Beschäftigung in der Zahnklinik. **Wiesbaden, bei der Oberpostdirektion 1. Bureau.**

Staatl. unterstützte städtische Fachschule für Handwerk u. Industrie Düsseldorf.

Tageskurse für Schreiner.



Der Unterricht umfaßt wöchentlich 44 Stunden (20 Std. Theorie und 24 Std. Zeichen). In jedem Monat neue Unterrichtsstunden (Einführung, Geschäftsanfang, gewerbliche Gesetzeskunde, Rechnen, Bilanzierung, Kalkulation, Maschinenkunde u. a. m.). — Eintritt kann jederzeit erfolgen. Schulgeld: 10. — Mk. pro Monat; für eine Kursstunde (6 Mon.) 40. — Mk. Aufnahmebedingungen: mindestens zweijährige Praxis und Vollendung des 17. Lebensjahres. Im Anschluß an die Kurse kann die Meisterprüfung abgelegt und das Meisterstück in der Schule angefertigt werden; die Schulzeit wird bei der Prüfung als Schülzeit angerechnet. Anmeldungen und Fragen an die Direktion der Fachschule, Düsseldorf, Charlottenstraße 87. Der Direktor: Jülicher.